



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

486 (27.10.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194034](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194034)

Wannheimer General-Anzeiger

Wannheimer General-Anzeiger. In Mannheim u. Umgebung monatlich einbl. 17.170 für Einzelhefte n. Einlieferung...
Koch-Küche: Gemarkung Wannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Einzelheftpreis: 1 Hekt. Kolonialsteig 1.50 Mk., außer 2.— Mk. Steuer u. Post. 20% Zuschlag...
Koch-Küche: Gemarkung Wannheim.

Um Oberschlesien.

In der heutigen Sitzung des Reichstags wird eine überaus schwere und weittragende Frage behandelt werden. Um der polnischen Forderung die Spitze abzubrechen, will die deutsche Regierung Oberschlesien Autonomie im reichsten Maße bewilligen. Polen behält sich nämlich vor, in dem autonomen Oberschlesien von Warschau aus die höchsten Beamtenstellen zu besetzen und auch finanziell wäre es ganz von dort abhängig geblieben. Deutschland aber ist bereit, es als selbständigen Bundesstaat anzuerkennen. Eine Trennung einer dreieckigen Jahrtausend zusammengehörenden Landschaft soll vorgenommen werden. Es wird die Bevölkerung geäußert, daß die Verteilung der Autonomie an Oberschlesien nur ein Teil des großen Wertes der Zerkürmung Preußens sei, an dem allenthalben gearbeitet werde. Die Opposition sagt, was hier geplant werde, das gehe über die Autonomie der Provinzen weit hinaus. Bräute Beziehungen sollen gelockert werden, um den Wünschen eines kleinen Kreises entgegenzukommen. Es ist im wesentlichen die katholische Geistlichkeit, die seit der Revolution, als sich die neudeutsche Kultur in einem Adolf Hoffmann zu verkörpern schien, die Parole ausgab: „Oberschlesien weder deutsch noch polnisch, sondern katholisch.“ Diese Agitation hat verstanden, dieser Forderung solchen Nachdruck zu geben, daß auch Parteien, die an sich nicht für einen so unbedingten Sieg des Katholizismus erwärmen können, doch der Forderung nach Autonomie zustimmen. So die Deutschnationale Partei in Oberschlesien. Man glaubt, der Einheitsfront aller deutschen Parteien das Opfer bringen zu müssen. Es ist aber zweifelhaft, ob der Durchschnittsober-schlesier, der Häusler auf dem Lande, der Bergmann in den Gruben, diese staatsrechtlichen Erzeugnisse so hoch einschätzen wird. Näher als alle derartigen Versprechungen ist ihm der polnische Terror, der ja von Pan Korfanti schonlos betrieben wird im Einvernehmen mit den Franzosen, um die wirksam zu beeinflussen, Oberschlesien nun eine eigene französische Zeitung besitzt. Und gegen diesen Terror ist Oberschlesien machtlos. Auch ist zu bedenken, daß der Vatikan selbst allem Anschein nach dieses selbständige Oberschlesien nicht will. Sein Warschauer Kammerling Katti arbeitet den Polen alles in die Hände und das vom katholischen Standpunkt aus ungeheuerliche Verbot, daß der Breslauer Fürstbischof, Kardinal Bertram, seine eigenen Pfarrkinder nicht besuchen darf, wird dort in Rom gleichgültig aufgenommen.

Unter diesen Umständen erscheint die Verteilung der Autonomie als ein Sprung ins Dunkle. Allerdings bleibt nach einer Hoffnung. Gesetzt den Fall, daß die Abstimmung im deutschen Sinne erfolgt, so ist immer noch eine zweite in ganz Oberschlesien, dem alten Regierungsbezirk Oppeln, möglich, in der über die Frage der Vortrennung endgültig entschieden wird. Und dann fragt sich, ob nicht das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl liegen wird. Es wird sich dann zeigen, ob Preußen noch seine alte Anziehungskraft besitzt. Unter höheren nationalen Gesichtspunkten sind ja all diese Autonomiebestrebungen, die sich bald im Westen, bald im Osten regen, sehr wenig erfreulich. Fester wird im allgemeinen durch diese Bestrebungen das Gefüge des Reiches wohl kaum. Es berührt etwas eigentümlich, daß eine Sonderbestimmung gefordert oder geboten wird, wenn eine gefährdete Provinz Reichstreue zeigen soll. Es ist peinlich zu denken, daß die Treue zum Reiche nicht fester verankert sein sollte, daß sie hoch begabigt werden müßte, um in Erscheinung zu treten. Und daß die Verteilung der Autonomie, unter welcher Forderung starke territoriale Bestrebungen stehen, ein sehr hoher Preis sein würde, kann nicht zweifelhaft sein. Korfanti hat noch vor kurzer Zeit erklärt, ein autonomes Oberschlesien werde binnen eines Jahres den Anschluß an Polen beschließen haben. Und dann die weitere Frage: welche Wirkung wird die Verteilung der Autonomie an Oberschlesien auf den Zusammenhalt des Reiches ausüben? Wir wissen, wie die Sonderhändler im Westen aufgehört haben, als die Autonomiefrage angeschnitten wurde. Es sind sicher nicht nur die rechtsstehenden Kreise, die in dieser Hinsicht sich ernstlichen Besorgnissen hingeben. Der demokratische Reichstagsabgeordnete, der frühere Oberbürgermeister von Kattowitz, Bokmann, hat in einer gemeinsamen Sitzung der demokratischen Fraktionen des Reichstags und des Landtages folgendes Urteil abgegeben:

„Oberschlesien ist bundesstaatliche Autonomie, so ist es der erste Teil Preußens, der von Preußen abgesprengt wird, und als neuer Bundesstaat mit den gleichen Rechten wie die anderen Bundesstaaten erscheint. Ein neuer Bundesstaat mehr für Preußen eine Wohltat weniger. Ist erst der erste Schritt zur Auflösung des alten Preußens getan, so folgen die andern leicht nach. Die Sonderbestrebungen von Preußen im Westen und Norden gewinnen dann neue Nahrung. Die Frage Oberschlesien schließt also auch die Frage des Bestandes Preußens, seine Stellung in Deutschland, die Frage der Hegemonie in Deutschland, kurz und gut, die Frage der inneren Umgestaltung des Deutschen Reiches, der staatlichen Struktur Deutschlands in sich. Es gibt also ein hohes Spiel. Es wird wieder einmal, wie es oft in diesen Tagen, um hohen Einsatz gewickelt.“

Was aber Preußen verliert, verliert auch das Reich. Diese kleineren Bundesstaaten werden außerordentlich schwache Stützen des Reichszusammenhanges gegen die Aufbruchbestrebungen der Feinde sein. Man möchte also vom Reichsgedanken her nur wünschen, daß die Verteilung der Autonomie an Oberschlesien für die Verbesserung des Abstimmungsresultates nicht erforderlich wäre, daß die Frage von der Tagesordnung verschwinden könnte.

Kattowitz, 26. Okt. (WB.) Im Schlafhause zu Tschopinich kann es in der letzten Zeit wiederholt zu Schieberereien. Eine polnische Revision förderte Waffen und reichliche Munition an. Fünf der Inhaftierten wurden verhaftet, darunter zwei, die als berühmte Banditen aus dem Kreis Plesch bekannt sind.

Der Bund der Mitarbeiter des ober-schlesischen Plebiszitärkomitees verbreitet heute in ganz Oberschlesien in großen Mengen ein Flugblatt gegen die Friedens-

störer Korfanti. In dem Flugblatt wird mitgeteilt, daß unter der Führung eines polnischen Hauptmannes in geheimen militärischen Organisationen in großem Stille vorgehen werden, um in allerhöchster Zeit einen neuen Bürgerkrieg entfesseln zu können. Weiter heißt es in dem Flugblatt: Bei dem diesjährigen Luftstande wurden von dem polnischen Plebiszitärkomitee mehrere 100 000 Mk. bewilligt. Die verführten Oberschlesier, die ihre Haut zu Warte trugen, erhielten jedoch davon keinen Pfennig. Die Schlichter steckte das Geld ein und verwandte es zu Gelagen. Für den Streik bekamen die Arbeiter ein Almosen von 10 Mk. täglich bezahlt, die ihnen aber dann mit allerlet Begründungen wieder abgenommen wurden. Die Oberschlesier sollen zu Sklaven der polnischen Schlichter gemacht werden. — Das Flugblatt schließt: Weg mit den Friedensstörern, Weg mit Korfanti und seiner Brügeltschlacht!

m. Paris, 27. Okt. (Priv.-Tel.) Aus Mainz meldet der „Petit Parisien“, daß von dort 16 Tausend nach Oberschlesien abgegangen seien. Den französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien stehen jetzt 200 zur Verfügung.

Die wirtschaftliche Lage Ostpreußens.

Berlin, 26. Okt. (WB.) Heute hat im Reichstagsparlament unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten eine Besprechung über die wirtschaftliche Lage Ostpreußens stattgefunden. Außer den ressortmäßig beteiligten Ministern des Reiches und von Preußen nahmen unter Führung des Oberpräsidenten Siehr Vertreter der ostpreussischen, städtischen landwirtschaftlichen, industriellen Handels- und Konsumentkreise an der Besprechung teil. Der Reichstagspräsident erklärte namens der Reichsregierung im Einverständnis mit der preussischen Regierung, die durch die geographische Vortrennung Ostpreußens vom Reiche geschaffene besondere Lage fordere vielfach eine besondere Behandlung und Unterstützung in wirtschaftlichen Fragen. Der Notwendigkeit dieser Maßnahmen dürften sich die Regierungen des Reiches und von Preußen nicht verschließen. Im Anschluß an diese grundsätzlichen Fragen wurde seitens der ostpreussischen Vertreter eine Reihe von Einzelwünschen vorgebracht. Soweit die Minister bei dieser informativen Besprechung bereits dazu Stellung nehmen konnten, wurden diesen Wünschen Erfüllung zugeeignet, so besonders in der Frage für Ein- und Ausfuhr. Die außerordentliche Härte, die in der letzten tendenz Besserung Ostpreußens mit Kohlen, Dünemittel, Benzin und Benzol liegt, wurde von den beteiligten Ressortministern anerkannt.

Eine Wiederholung des Ballkumabentüers?

Berlin, 27. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Aus den Kreisen der unabhängigen Sozialdemokratie wird behauptet, daß Abenteuer dauernd von Ostpreußen her überwechseln und dabei auch Waffen mitgehen, die der Reichswehr gehörten und daß von einer Tochtergesellschaft der Reichswehrhandelsgesellschaft dem litauischen Staat 50 000 Gewehre zum Kauf angeboten worden seien. Man befürchtet daraus eine Wiederholung des Ballkumabentüers. Wie weit diese Gerüchte im einzelnen zutreffen, läßt sich im Augenblick nicht sagen, eine Prüfung von amtlicher Stelle ist angeordnet worden. Das Reichswehrministerium jedenfalls ist an all diesen Dingen unteilhaftig. Man hat, wie uns von dort berichtet wird, erst gestern von diesen Gerüchten erfahren. Auf Befragen haben dann noch förmliche in Ostpreußen lebende Reichswehrtruppenteile erklärt, daß ihre eigenen Leute beim Uebertritt so wenig wie bei den Wissenschaftlern in Betracht kämen. Immerhin wird die Sache im Auge zu behalten sein. Der „Vorwärts“ spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung heute im Reichstag auf diese Angelegenheit zu sprechen kommen und erklärt wird, daß sie diesmal das Mittel der Aberkennung der Staatsangehörigkeit zur Vorbeugung anwenden wird.

Die Gegenrevolution in Rußland.

m. Kopenhagen, 27. Okt. (Priv.-Tel.) In Helsingfors sind aus Moskau Meldungen eingetroffen, wonach die Rätere-gierung die schärfsten Maßnahmen angeordnet habe, weil sie den Ausdruck einer Gegenrevolution befürchtet. In Regierungskreisen herrsche die größte Beunruhigung.

Die ukrainische Gegenoffensive.

Berlin, 26. Okt. (WB.) Den amtlichen ukrainischen Heeresberichten vom 20. und 21. Oktober zufolge zeigte die ukrainische Gegenoffensive ansehnliche Erfolge in östlicher und südöstlicher Richtung. Ostwärts haben die ukrainischen Nationaltruppen bei Winnika und Chotoniowat die bolschewistische Front durchbrochen, die Eisenbahnlinie Schmerinka-Kiew überschritten und sind gegen Berditsew tief in die feindliche Gruppe eingedrungen. Die Stadt Winnika sowie der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kasjatyn an der Linie Kaskowka-Kiew wurde genommen. Südwärts wurde nach harten Kämpfen die feindliche Front bei Bar und Jorntschew durchbrochen. Hier zieht sich der Feind fluchtartig auf dem ganzen Abschnitt zwischen Schmerwaka und Rohilew zurück. Die Ukrainer haben die Orte Dzuryn und Joruga am Dnjestr besetzt und marschieren auf Jompol.

Waffenstillstand zwischen Petljura und den Bolschewisten.

Warschau, 27. Okt. (Havas.) Zwischen General Petljura und den Bolschewisten ist ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden des Uebereinkommens von Riga wird in Libau erfolgen.

Kopenhagen, 26. Okt. Berlingote Abend meldet aus Kowno: Polnische Infanterie und Kavallerie-Abteilungen, von Panzerjägern mit Schnellfeuergegeschützen unterstützt, unternahmen am gestrigen Nachmittag einen heftigen Angriff auf die litauischen Stellungen an der Eisenbahnlinie Landowowo-Orani. Nach fünfständigem

blutigem Kampfe wurden die Litauer gezwungen, sich vor der feindlichen Uebermacht fast 3 Kilometer zurückzuziehen, nachdem sie zuvor dem Feinde schwere Verluste zugefügt hatten.

London, 26. Okt. (Havas.) Der Manchester Guardian meldet, daß Krassin aus London abberufen worden und zum Sowjetvertreter in Berlin ernannt worden sei.

Französisch-englische Unstimmigkeiten.

m. London, 27. Okt. (Priv.-Tel.) „Daily Chronicle“ berichtet aus der Feder seines Korrespondenten über die französisch-englischen Beziehungen: Der Angriff der französischen Presse gegen Lloyd George hat in England große Mißstimmung hervorgerufen und doch kommen hier Tod oder Leben der Entente in Frage. Man glaubt in England sehr stark, daß Frankreich seine eigenen Wege geht und zuerst seine Interessen verdedt, sowohl in Rußland wie in Deutschland, in Polen wie in der Levante. Frankreich steht am Scheidewege und muß nun endgültig sich entscheiden, ob diese Trennung sich verschärfen oder in einem weiteren besseren Einvernehmen vermieden werden soll.

Großbritannien verzichtet auf Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger.

Berlin, 26. Oktober. (W. B.) Mit Bezug auf § 18 der Anlage 2 zu Artikel 244 Teil 8 des Friedensvertrages, der lautet: „Die Maßnahmen, zu denen die Alliierten und assoziierten Regierungen falls Deutschland vorzüglich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten“, hat die großbritannische Regierung durch ihre hiesige Botschaft dem Auswärtigen Amt am 16. 10. eine Note zugehen lassen, wonach sie für den Fall der vorläufigen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen unter Teil 8 des Friedensvertrages nicht beabsichtigt, von dem ihr nach § 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrages zustehenden Rechte zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen. Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum bezieht, ob dieses nun in Bankguthaben oder in auf britischen Schiffen befindlichen oder in nach Großbritannien zum Verkauf gesandten Waren besteht.

Das Ende der französischen Gesandtschaft in München.

München, 27. Okt. (Priv.-Tel.) Der französische Gesandte in München, Herr Dard, soll, wie einige französische Blätter melden, nicht mehr nach München zurückkehren. Es ist schwer zu erkennen, schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ob die Meldung den Tatsachen entspricht und ob sie auch dahin zu verstehen wäre, daß Frankreich den Münchner Gesandtschaftsposten überhaupt auflassen wolle. In amtlichen Meldungen liegt darüber jedenfalls bisher nichts vor. Daß in Frankreich jene politische Gruppe, die eine Sprengung der Einheit Deutschlands als Ziel hat und von der auch die Politik und der Auftrag Dards in München bestimmt war, an Einfluß eingebüßt und im französischen Kabinett ihren Hauptvertreter verloren hat, ist bekannt. Es kann also wohl sein, daß Herr Dard, dessen Mission ohnehin aussichtslos war, nicht mehr nach München zurückkehrt.

Die „Münchener Post“ bemerkt u. a.: weiter: „Herr Dard hat vom französischen Standpunkt aus fast übertrieben die bayrischen Loslösungsbestrebungen gefördert. In der Frage Erleichterung Bayerns bei der Entwaffnung seiner Einwohnerwehr hätte er am liebsten eine schriftliche materielle Aufzeichnung über die Wünsche Bayerns in Händen gehabt! Dieser Wunschzettel ist ihm nicht überreicht worden. Die nichtfranzösischen Vertreter der Entente sind darüber empört, daß Herr Dard ohne jeden Auftrag der Verbündeten eine Durchbrechung des Abkommens von Spa in die Wege leiten wollte. Was in Spa von der gesamten Entente beschlossen ist, kann Herr Dard in München nicht einfach annullieren. Im Uebriegen haben sich die Franzosen stark über die aufreizenden altdeutschen und jedwältigen Einwohnerwehrgewinnlinge aufgeregt. Das beweisen die längst veröffentlichten Auszüge aus führenden französischen Blättern.“

Unter der Fremdherrschaft.

Salzlegung der öffentlichen Meinung im Saargebiet. Anlässlich des Beamtenstreiks im Saarrevier hat unter dem Belagerungszustand der französische Militärbehörden gegen zahlreiche Verleger und Redakteure der deutschen Zeitungen Verhaftungsbefehle erlassen; ein Teil von ihnen wurde in das Militärgefängnis in Saarbrücken gebracht, ein anderer über den Rhein abgeführt, außerdem erfolgten verschiedene Ausweisungserfügungen und mehrere Zeitungen wurden einem vierwöchigen Erscheinungsverbot unterworfen. Das Vorgehen der Regierungskommission und des französischen Militärbehörden verstoßt offensichtlich gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, wobei zu berücksichtigen ist, daß die von den Verfügungen Betroffenen sich keinerlei Verfehlungen schuldig gemacht haben. Die Maßnahmen der französischen Stellen laufen offensichtlich darauf hinaus, die deutsche Presse im Saargebiet lahmzulegen und damit dem Deutschland die Hauptstütze und sein einziges Sprachrohr zu nehmen. Diese Vorgänge hat der Abgeordnete Rippler von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer Anfrage an die Reichsregierung gemacht und fragt an, was die Reichsregierung gegen diese Vertragsverletzungen getan habe oder zu tun gedenke.

Aus der Welt der Technik

Der Dieselmotor.

Der Dieselmotor ist durch das vor kurzem von der Entente an uns gestellte Gebot, die schnelllaufenden Maschinen dieser Art zu zerstören und deren Weiterbau zu unterlassen, in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Diese Maschinenart ist in ihrer Grundidee, wie auch in ihrer konstruktiven Durchbildung eine rein deutsche technische Leistung. Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts schuf Rudolf Diesel, angelehnt an die Erfindungen des Dampfmotorenbauers Prof. Schröder, den Plan, einen neuen Verbrennungsmotor ähnlich der Gasolendampfmaschine zu schaffen, bei dem jedoch die Entzündung nicht plötzlich, sondern allmählich (im Glühzünd) eintreten sollte, wodurch der Wirkungsgrad, d. h. die Ausnutzung der im Brennstoff enthaltenen Wärmeenergie, besonders günstig ist. Als Betriebsmittel dienten Del, Petroleum und ähnliche Stoffe. Nach jahrelangen mühseligen Versuchen, wobei namentlich die Materialfrage, das hohe Druck- und bedeutende Temperaturerfordernisse, große Schwierigkeiten gemacht hatten, gelang es endlich, eine betriebsfähige Maschine zu schaffen.

Das Prinzip ist das folgende: In einem Zylinder mit beweglichem Kolben (wie z. B. beim Automobilmotor) wird durch ein Ventil, wenn der Kolben nach unten geht, Luft eingeführt. Beim Zurückgehen preßt sie mit einem Kolbenring verbundene Kolbenringe dicht zusammen. Hierdurch wird sie erhitzt; sodann wird, wenn der Kolben seine höchste Stelle erreicht hat, durch eine Brennstoffdüse Del in dünnen Strahlen eingeführt, das sich in der heißen Luft entzündet. Durch den dabei entstehenden Explosionsdruck wird der Kolben wieder zurückgedrückt und löst schließlich die verbrannten Gase aus. Dieses Spiel wiederholt sich dauernd. Da man die Kolbenhübe unterteilt, die Luft- und Ventilluftnahme, die Verdichtung des Gemisches, den Explosionshub und den Ausstoßhub der verbrannten Gase, so spricht man von einem Vierstufen-Verfahren. Das Kennzeichen bei dieser Maschinenart ist, daß im Gegensatz zu den sonstigen Verbrennungsmotoren Bergwerke und elektrische Antriebsmaschinen in Wegfall kommt. Im Laufe der technischen Entwicklung hat es sich gezeigt, daß der Dieselmotor, der ursprünglich für langsamem Lauf — etwa 40 bis 100 Umdrehungen in der Minute — gebaut wurde, für verschiedene Verwendungszwecke vorteilhafter arbeitet, wenn man ihn als Schnellläufer konstruiert. Sein Gewicht, berechnet auf die Verbräuchung, wird dadurch geringer; man spart deshalb Material, und die weitere Folge ist, daß sich Anschaffungs- und Betriebskosten verringern. Bereits vor dem Kriege waren einige schnelllaufende Dieselmotoren in ortsfesten Anlagen vorhanden. Im Kriege zeigte es sich, daß diese Bauart die Eigenschaften besitzt, die von einer U-Boot-Antriebsmaschine gefordert werden. So kam es, daß der Dieselmotor hierfür Verwendung fand. Es ist jedoch völlig unrichtig, zu sagen, daß dieser Motor lediglich U-Bootmaschine ist.

Als einer der Verfaller Verbot der Verpfändung auflegte, mehrere Kriegsfahrzeugmaschinen einer industriellen Verwertung zu überlassen, fanden die ehemaligen U-Bootmaschinen — auch teilweise Umbau — in den verschiedensten Betrieben Verwendung. Heute leben wir sie als Antriebsmaschinen in Elektrizitätswärme- und Wasserwerken, als Alts- und Kesselmotoren in den verschiedensten Industrieanlagen, in der Landwirtschaft, in der Handelsmarine, kurz überall da, wo man Kraftmaschinen mittlerer Leistung benötigt. Würde die Entente auf ihrer Forderung bestehen, daß wir diese Maschinen zerstören und zu zerstören hätten, so wären die Folgen für unser Wirtschaftsleben äußerst ernst. Es ist geradezu unmöglich, in einer Zeit der Not, in der, wie auch die Entente-Staatsmänner in Brüssel uns gesagt hatten, arbeiten und sparen für uns das einzige Mittel zur Herbeiführung wirtschaftlicher Zustände ist, brauchbare Kraftmaschinen zu vernichten, und sie durch ähnliche neu zu beschaffende zu ersetzen, Werte zu zerstören, anstatt zu lösen. Das wäre eine unnütze Vergeudung an kostbaren Rohmaterialien, an Zeit, Geld und an Arbeitskräften. Außerdem müßten bis zur Vollendung der neuen Maschinen die Fabrikten stehen, die Arbeitslosen würden sich noch mehr häufen, die Wirtschaftswerte und Landwirtschaftsbetriebe müßten zum Teil stillfallen und statt Arbeitsmöglichkeiten würden neue Not, neue innere Unruhen erzeugt werden. Einmal haben jedoch alle Gedanken des Volkes gegen die Annahmen der Entente Stellung genommen. Arbeiter und Angehörige, Unternehmer in Stadt und Land, sowie die Verbraucher ohne Rücksicht auf ihr politisches Glaubensbekenntnis haben sich zu nachdrücklichem Protest zusammengesetzt: gefordert von dem Gedanken, daß die Durchbrechung der Weltfriedensverträge ein unabsehbares ist.

Nach geschichtlicher ist die Ententeorderung, durch die uns der Weiterbau der schnelllaufenden Dieselmotoren unterbunden wird, ein Verstoß gegen die Völkerrechtsgesetze, daß die Entente deshalb für die weitere Entwicklung unserer Industrie nicht zu nachlässig werden, weil es sich nur um eine bestimmte Maschinenart, eben die schnelllaufenden Dieselmotoren, handelt. Dem ist aber nicht so, denn einmal ist der Begriff „schnelllaufender“ Dieselmotor nicht eindeutig festgelegt, da die Leistungszahl je nach Leistung und Größe der Maschine eine verschiedene ist, so daß der Nachahrer sich der gemessenen Willkür Tor und Tür geöffnet wäre. Dazu kommt, und das ist das besonders Bedenklliche, daß das freie technische Schaffen auf unerbittliche Weise behindert werden würde. Wir wissen noch nicht, welche Wege die technische Entwicklung geben wird, wie wissen aber, daß derartige Fesseln unter Umständen Erfindungen hemmen können, die nicht nur uns — denn die Technik ist international — sondern dem Fortschritt der gesamten Welt schädlich sein würden.

Der Dieselmotor ist zwar in Deutschland entstanden, aber er hat seinen Ursprung durch die ganze Welt angezogen. Die schöpferische Idee hat nicht an der nationalen Grenze halt gemacht. Der Weiterbau der schnelllaufenden Dieselmotoren ist für Deutschland namentlich deswegen zu fördern, weil diese Maschinen als Reservemotoren für Wasserfahrzeuge vor allem geeignet sind. Sie sind im Betrieb billig, nehmen wenig Raum in Anspruch, wodurch die Baukosten für Maschinenhäuser und Fundamente geringere werden und sind insofern, da sie in kürzester Frist in Betrieb gesetzt werden können, die vorübergehenden Belastungsforderungen in den Kriegsjahren auszuweichen. Nicht geringer ist auch die Bedeutung des Dieselmotors für Landwirtschaft und Handelsmarine.

Der Umstand, daß er als Betriebsmittel Del verwendet, verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, da die schwere Rohstofffrage uns veranlaßt hat, die Braunkohle in weitem Umfang zur technischen Verwertung heranzuziehen, und da wir infolgedessen damit rechnen können, daß wir in Zukunft in größerem Umfang Braunkohlendel zur Verfügung haben.

Alles in allem muß man betonen, daß die Erhaltung unserer Dieselmotoren-Industrie eine Lebensfrage für unser Wirtschaftsleben ist. Und wir möchten die Hoffnung ausdrücken, daß es der Regierung gelänge, bei unseren Gegnern einsehen zu erzielen. Um so mehr, als auch rechtlich der deutsche Standpunkt nur uns in seinem Vorteil ist. Der Friedensvertrag verlangt von uns, daß wir in seinem Artikel 189, daß wir die Maschinen, die aus dem Aufbau unserer Kriegsmarine gewonnen werden, nur für rein industrielle Zwecke verwenden dürfen. Das ist festzuhalten. Rein Paragrafenhaft wird die Zerstörung oder Verleugung ihrer Weiterbau. In diesen Tagen einseitigen Rechtsbestimmungen müssen Deutscherorts die Entente schreien. Hoffen wir darum, daß das Ententegebote, das die Entente als technische Arbeit bei uns lobt, nicht dazu führt, daß die Entente Frieden auf neue, ernstlich gefährdeten müßte, ausgehandelt werden, bevor es zu spät ist.

Der deutsche Bergbau.

Eine soziologisch-ökonomische Studie von W. Franke.

Der Bergbau in Deutschland ist im Bergbau und wirtschaftlichen Hinsicht durch Verfall und Spiegelschlag ein lebensgefährliches Stadium geworden. Doch darüber nicht allein. An ihm soll in dem

Ausgangspunkt, wo die nationale Selbstbehauptung höchste Intensität erlangt, Arbeit fordert, das entscheidende Experiment neuer Wirtschaftsformen, der erste große Versuch der Sozialisierung vollzogen werden. Damit würde der deutsche Bergbau — die Wirtschaft liebt es oft auf langen Umwegen wieder zu ihrem Ausgang zurückzuführen — wieder das werden, was er in seinen Ursprüngen gewesen ist. Damals, als Grund und Boden einer Gemarkung den Markengenossen gebietet zu gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung. Die Gemarkung ließ sich gerade, verteilte, das Weideland gemeinsam benützen, aus dem Steinbruch schloß jeder nach Bedarf, aber das Bergwerk — das sah man frühzeitig ein — das methodische Abbau und wenn auch noch so primitive Technik verlangte, konnte unumgänglich von der ganzen Markengenossenschaft gemeinsam ausgebeutet werden. Man sah dabei, daß der Bergbau im Vergleich zu anderen Bergbauarten sich auf Gemeinlichkeit des Konsums, d. h. die Markengenossenschaft übertrug das Bergrecht einzelnen Genossen, die dafür einen Teil des Ertrages an die Gesamtheit abzuliefern hatten, die Markengenossenschaft selber behielt sich nur Nahrung und Kleidung vor. Der Bergbau auf Edelmetalle und Salz — um den handelt es sich im Mittelalter hauptsächlich, Eisen- und Kohle treten mehr in den Hintergrund — war hohe Erträge ab und ermunterte daher zu intensiver Ausbeutung. War auch im Bergbau wie im Handwerk der patriarchalische Kleinbetrieb unter Mithilfe der Familienangehörigen die charakteristische Wirtschaftsform gewesen, so lang man jetzt Knechte als erste Arbeiter. Und die Herren der damaligen Welt, denen Steigerung ihrer Einkünfte erste Sorge war, Fürsten, Adel, Klerik, Bischöfe, trachteten sich in den Besitz so einträglicher Betriebe zu legen. Die Selbständigkeit und Reinheit der gemeinschaftlichen Markterzeugung mußte der Hartnäckigkeit solcher mächtigen Begehren weichen. Aus der Gemeinlichkeit wird schließlich das Recht. Der Landesfürst gestattet nur seinen den Bergbau, die von ihm selbst damit besetzt sind.

Durch die Belehnung ließen der fürstlichen Kasse reiche Erträge zu. Der Betrieb wird von fürstlichen Beamten geleitet, an die Verleihen, Bergwerke genannt, Anleihen, Kuren, ausgegeben. So entsteht die erste Form der Untertänigkeit. Der Knecht gehört nicht schon typischer Untertan, typischer Knecht. Er lebt fern von der Gemarkung, wesentlich nur am Ertrag interessiert. So wird der Bergbau in einer Zeit, wo der patriarchalische Familienbetrieb Kleinbetrieb vorherrscht, der erste Großbetrieb modern-industriellen Gepräges. Unternehmer und Arbeiter stehen nicht mehr in persönlicher Verbindung, der Produktionsprozeß, der im handwerklichen Kleinbetrieb noch jedem in seiner vollen Ausdehnung geläufig, wird in landwirtsch. Leistungen geteilt. Der Erwerbsbetrieb macht erstens, daß der Bergbau in der ersten Periode, in dem Wirtschaftskreis durch Maschinen, Maschinenarbeit durch Technik ersetzt wird. Das Handwerk beherrscht noch Tradition und Empirie, hier wird zum ersten Mal die Wissenschaft in den Dienst der Wirtschaft gestellt. Komplex, Mechanismus, Fördermaschinen, Kanalisation und Ventilation erleichtern die Arbeit, steigern das Ertragsvermögen. Sonst wären so gewaltige Ziffern unmöglich. Der Kupferbergbau der Grafschaft Nassau liefert schon im 15. Jahrhundert jährlich 30.000 Zentner Kupfer, das Silberbergwerk Schneeberg im Erzgebirge, das 1471 entdekt wurde, wirt im Jahre 1500 10.000 Zentner Silber ab. Bei solchem Ertragsvermögen geht man die Jahre lang nicht in Mühen, sondern in Silberbergen aus. Das war ebenso unerbittlich für jene Zeit, zum ersten Mal kommen sich in einem Betrieb riesige Arbeitermassen, in den Bergwerken des Harz, Saßens, Nordböhmen, in Tirol und im Südburgenland die Zahl der Arbeiter in die Tausende. Und was sonst nur typisch für die Industriefabrikation des 19. Jahrhunderts, in wichtigen Jahren wachsen an unendlichen Hunderten neue Städte aus dem Boden hervor. So werden die Bergleute des Mittelalters die einzige Arbeiterklasse, die mit der heutigen Arbeiterbevölkerung analoge Lebensbedingungen aufweist. Sie schließen sich, wie die Gesellen gegenüber der Macht der Rüste, zum Schutz der Standesinteressen korporativ zusammen. Und wie bei den Handwerkerzünften sind auch hier die ersten Organisationen Brüderlogen entstanden. Man wählt einen Heiligen zum Schuttpatron, je nach örtlicher Beschaffenheit, stiftet ihm „Geldweine“ in der Kirche, veranstaltet ihm zu Ehren Prozessionen und hält streng auf moralische Effektivität. Keine Rede mehr von der Brüderlichkeit aufgenommen und keine „unehrlichen“ Leute, wie Heiler, Lotengänger, Schinder, Pflugschoppen und unethische Gelehrte. Denn das ist charakteristisch für den mittelalterlichen Arbeiter und Gesellen: er fühlt sich verpflichtet, nicht streng auf Standesehre und Standesreinheit und stellt mit höheren Gesellschaftsklassen die unerbittlich strenge Vorurteile mittelalterlicher Gesellschaftsjustiz. Besonders praktische Bedeutung gewinnen diese Brüderlogen durch ihr Unterhaltungsweisen. Von den Bergleuten werden Beiträge erhoben, um den Bergleuten Beiträge erhoben — also auch der Unternehmer ist bereits leistungspflichtig — für die Knappschaftskassen. Die Bergordnung von Goslar von 1300, eine der ältesten Bergordnungen, bestimmt über die Verwendung der Brüderpensionen, daß sie allen jenen, die in ihrer Arbeit gescheitert oder geblieben zu Schaden kommen und verarmt zu Gute kommen sollen. Auch die ärztlichen Kosten werden aus der Kasse bestritten, ebenso Wägen- und Pflanzunterstützung. Der seinen Wägenpflanz nicht entrichtet, wird von der Arbeit vertrieben.

Bemerkenswert für die Stellung der deutschen Bergleute ist ihre Beteiligung zum Kriegsdienst. Kriegsdienst war das Recht des freien Mannes und Ehrenpflicht des Vasallen gegen seinen Lehnsherrn. Als Vasallen galten die Bergleute gemessen nach den jährlichen Bergwerken gegenüber, waren also zu besonderer Treue verpflichtet. Die Kassenkammern von Hunderten, so Tausender an einer Arbeitsstätte führten sich zu Leibesbesetzung, ähnlich den heutigen. Aber das kriegerische Bergvolk entsetzt über Kohlenfragen nicht durch Streiks oder andere passive Demonstrationen, es greift rasch zu den Waffen, vertritt Arbeitstätigkeiten, leistet demontierten Widerstand gegen aufgebotene Landstreichschützen. Wegen dieser häufigen Empörungen steht der Bergmann nicht im besten Ruf im Volk und die zeitgenössische Moral stellt den Teufel dar, wie er Bergleute larnenweise zur Hölle führt. Dem luchen die obrigkeitlichen Bergordnungen vorzubeugen, die Vorschriften gegen unzüchtige Murren, Murren, Empörung und andere böse Taten“ gehören zu den stehenden Paragraphen. Sie bedrohen mit Prügel und bewaffneter Zusammenrottung mit Leibesstrafen; das ist die erste Art Koalitionserbot. Die Dörigkeit, die im Interesse des Landesherren steht, ruhige Arbeit wünscht, lacht die Bergleute arbeitswillig, aufgebracht und bei Kräfte zu erhalten. Sie regelt daher genau Lohn, Arbeitszeit, legt Wert auf billige und reichliche Beschaffung von Lebensmitteln. Schon die Rutenberger (Nordböhmen) Ordnung von 1300 bestimmt: „Es darf nicht geduldet werden, daß ein Bergmann zwei Schichten hintereinander führt, um in seiner Leistungsfähigkeit geschädigt zu werden.“ An Stelle des Lohnsystems, der Entlohnung in Waren, tritt mehr und mehr der Berglohn. Der Lohn darf nicht beschlagnahmt werden. Eine türkische Bergordnung von 1598 erklärt den Berg der Bergleute an Wein und Bier für nichtigbar. Der Lohn ist überall schon teilweise festgelegt, allerdings nach lokalen Verhältnissen verschieden, im Durchschnitt werden 12 Groschen täglich gezahlt. Dafür bekommt man zu jener Zeit drei Schafe oder zwei Kühe oder vier Paar Schuhe. Die Arbeitszeit beträgt in Rutenberg und im Harz nur 8 Stunden, in Nassau dagegen 12. Die Arbeitsintensität ist am höchsten, sie kann als Normalarbeit nach dem deutschen Bergrecht angesehen werden. Auch für die Arbeiterbezugszeit, wie Arbeiter wird schon sofort. Eigenmächtiges Verlassen der Arbeit ist ebenso verboten wie willkürliche Entlassung. Die Zahl der Feiertage ist genau festgelegt, Rotarbeiten an Feiertagen werden besonders geahndet. Der abgehende Arbeiter erhält einen Wochelohn, ohne diesen wird er von keinem anderen Bergwerk eingestellt.

Die patriarchalische Konjunktur aller Arbeiterklassen, die ebenso sehr im Interesse des Landesherren als des eigentlichen Besitzers wie im Interesse der Bergleute selbst, löst langsam ab von ihrer Arbeiterbeziehung, von ihrem sozialen Geiste, der in der Patriarchalität der Massen eine schmerzliche Gewähr für die Intensität der Arbeit bot, als in einem unerbittlichen Ausdehnungssystem. Für die ganze

deutsche Bergwerksgesetzgebung des Mittelalters blieb insofern, was schon die Rutenberger Bergordnung sagte: „Jeder soll seiner Arbeit froh werden und es soll keiner, was ein anderer mit Mühe und Arbeit schuf, mit nichts sich aneignen dürfen; denn der Mühe und Arbeit sollen Geseh Schutz und Ehre sein.“ So ist zu erklären, daß alle die Empörungen und Aufstände des streitbaren Bergvolks, die aus spontanen Bestimmungen aufgewachsen, ebenso spontan wieder erloschen und nie und nirgends zu den sozialrevolutionären Bewegungen auswuchsen, die das Kennzeichen des sozialen Kampfes des 20. Jahrhunderts geworden sind.

Reiche Kohlenstöße auf Spitzbergen.

Eine Nordlandbergbau deutsche Bergleute.

Vor einigen Tagen sind etwa achtzig Bergleute aus Buer und Glabbed in ihre westfälische Heimat zurückgekehrt, nachdem sie auf Veranlassung einer holländischen Firma den Abbau der reichen Kohlenstöße, die sich auf Spitzbergen befinden, in Angriff genommen haben. Der Buerischen Zeitung werden darüber folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt:

Eine holländische Gesellschaft, die das Nutzungsrecht auf einen der Inseln Spitzbergens macht, ließ im Frühjahr 1919 eine Reihe geschickter westfälischer Bergleute, achtzig Mann aus Buer und Glabbed, anwerben, um unter deren Anleitung mit dem Abbau der reichen Kohlenstöße Spitzbergens zu beginnen. Die Bergleute reisten zunächst nach Holland, wo sie alle Vorbereitungen für die Expedition trafen. Mehrere Schiffe waren bereits gechartert worden, auf die die Bergleute selbst alle die Gegenstände laden, deren sie zu ihrer Arbeit und für die Unterkunft auf Spitzbergen bedürfen: Wohnbaracken, Vieh und sonstige Lebensmittel, Maschinen, Werkzeuge, Kleinbahnmaterial, Holz usw.

Nach fünfmonatlicher Reise kamen sie auf Spitzbergen an, wo sie zunächst Unterkunftsgelegenheit für sich schaffen mußten. Die Wohnbaracken wurden aufgeschlagen, Ställe für das Vieh gebaut und nach den gleichen Arbeiten mehr waren. Nachdem das geschickte war, ging es an die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme des eigentlichen Kohlenbergbaues. Diese Vorbereitungen gestalteten sich um so einfacher, als das Abbauen von Schächten nicht erforderlich war; liegen doch die Kohlen auf Spitzbergen offen guttag. Innerhalb der Schächte die Schächte an schwarzen Diamanten zu sein, die sich dort vorfinden. Bis jetzt ist es allerdings noch nicht gelungen, die ganze Mächtigkeit und den Reichthum des Vorkommens festzustellen. Die Bergleute mußten sich die meiste Mühe erst damit begnügen, leicht abfallende Stellen direkt in die Kohle hineinzu graben. Die Kohlen wurden in die Förderwagen mit Pferdebetrieb geworfen und sofort in Schiffe gebracht. Bei der Kohle handelt es sich um eine gute, feste Stückkohle. Den westfälischen Bergleuten waren also die besten bergmännischen Arbeiten sowie den Transport und das Beladen der Kohle selbst besorgen.

Die holländische Gesellschaft soll mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Der Bergbau auf Spitzbergen hat jedoch insofern seine Schwierigkeiten, als die eigenartigen klimatischen Verhältnisse nur während einer geringen Zeitspanne im Jahre das Arbeiten ermöglichen. Während im Sommer die Sonne nie vom Firmament verschwindet, es also keinen Unterschied zwischen Tag und Nacht gibt, erscheint sie im Winter überhaupt nicht, jedoch nur in den Sommermonaten auf Spitzbergen gearbeitet werden kann. Es kommt hinzu, daß schon wegen der furchtbaren Strenge der Winter im zweiten Halbjahr jede Arbeit im Freien so gut wie unmöglich ist. Deswegen müssen die Europäer vor Beginn der neuen Jahreszeit wieder aufs Festland zurückkehren und so führen auch die westfälischen Bergleute mit Schluß des Sommers wieder zurück.

Es läßt sich denken, daß das Leben auf Spitzbergen außerordentlich einseitig ist. Der ewige Tag während der Sommermonate wirkt auf die Dauer sehr beeinträchtigend auf die Gemüthsstimmung. Die von Spitzbergen zurückgekehrten Bergleute erzählten, daß sie oft aus purer Langeweile Heberschichten gemacht haben, beläude nicht, um mehr Geld zu verdienen, denn die Spitzbergenleute wurden für ihre Tätigkeit außerordentlich gut entlohnt. Die Löhne wurden in Guldenwährung angesetzt und ergaben in Markt umgerechnet ein sehr hohes Einkommen. Die in der westfälischen Heimat zurückgebliebenen Familien erhielten für jeden Tag der Expeditionsdauer 87 Mark, während die Bergleute selbst 70 Mark pro Tag erhielten. Dazu kamen noch freie Verpflegung und freie Unterkunft, sowie die Befriedung. Da sich auf Spitzbergen fast keine Holzgüter zu Geld zu bringen lassen, haben die Mitglieder der Expedition durchweg große Expeditionen mit nach Hause gebracht, einige von ihnen an die 30.000 Mark. Die durchschnittliche Arbeitszeit auf Spitzbergen betrug acht Stunden. Die Baracken waren recht wohllich eingerichtet. Je zwei Mann hatten ein Zimmer für sich. Von allen wird die Güte der Kleidung gerühmt, die den Bergleuten von der Gesellschaft geliefert wurde. Auch die Verpflegung war ausgezeichnet. Wenn es nicht Bräufleisch von dem milgenommenen Vieh gab, wurden Konserven geschickt. Auch die Entenjaß lieferte manchen Broten. Doch war das Fleisch der wilden Enten wegen ihres trüben Geschmacks bei unseren Bergleuten nicht sonderlich beliebt. Ihre freie Zeit führten sich die Bergleute durch Abwechslung Spiele zu vertreiben. Zur Erleichterung wurde reichlich gelacht. Jedes Schiff, das auf Spitzbergen anlegte, brachte Zeitungen, Bücher, Briefpost usw. Der Gesundheitszustand der Expeditionsteilnehmer soll im allgemeinen befriedigend gewesen sein. Manche Leute hatten jedoch unter Frost zu leiden. Der Frost äußerte sich in kleinen Wägen, schneit aber auf die Dauer nicht nachteilig zu sein.

Die Deutschen waren, wie schon erwähnt, auf Spitzbergen die Expeditionsarbeiter, während die grödenen Arbeiter von den Grönländern berichtigt wurden, von denen einer unterseht und letzten Menschenkinder. Die ganze Arbeitsperiode mit Hin- und Rückfahrt dauerte etwa 6 Monate. Alles, was während der Frostzeit verdrücken konnte, wurde bei Sommerende mit aufs Festland zurückgenommen. Die zurückgekehrten Bergleute sind im allgemeinen bei guter Stimmung und haben meist die Absicht, auch im nächsten Jahre wieder an der Spitzbergen-Expedition teilzunehmen. Dazwischen jedoch, die unter Frost gelitten haben, ziehen es vor, in der Heimat zu bleiben.

Technisches Allerlei.

Das Torfproblem. In den letzten Jahren hat man in Deutschland hinsichtlich der Verwendung unserer Torfmoore sein Hauptaugenmerk auf die Torfvergasung gerichtet, der man ebenso umfangreiche wie kostspielige Versuche gewidmet hat. Eine kritische Lösung des Torfproblems liegt aber, wie Dr. H. Martell in Nr. 5 der Deutschen Strömen- und Kleinbahn-Zeitung in einem Aufsatz „Der Torf und sein Heizwert“ ausführt, noch nicht vor, wenigstens schon sehr bedeutende und erfreuliche Erfolge gezeigt wurden. Gerade für unsere kohlensamen Ostprovinzen ist die Torffrage von großer Bedeutung, vertritt doch die Provinz Ostpreußen über 300.000 Hektar und Westpreußen über 113.000 Hektar Moore, die der wirtschaftlichen Verwertung harren. Man hat für Preußen die Gesamtmenge an Torf auf 11.250 Mill. Tonnen berechnet, also ein gewaltige Menge an Erzeugnisstoff.

Ein neues amerikanisches Leichtmetall, das Dow-Metall, wird in der Zeitschrift „The Iron Age“ besprochen. Es besteht aus mehr als 80 v. H. metallischem Magnesium, ist sehr leicht als Gußeisen sein und mit gutem Erfolg für Motoren von Fahrzeugmaschinen, Flugzeugen und Motoren benutzt worden sein. Das spezifische Gewicht ist mit 1,74 angegeben. In seiner Zusammensetzung ähnelt das neue Metall einem von Leichtmetall „Mg-Al“, das die Chemische Fabrik Grieseler vor kurzem auf den Markt gebracht hat. Es wird nach den Angaben der amerikanischen Zeitschrift auf elektrolytischem Wege gewonnen.

